

Brüssel, den 20. Juni 2018
(OR. en)

10300/18

PUBLIC 42
INF 111

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
APRIL 2018

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im April 2018 angenommenen Rechtsakte^{1, 23}

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten, insbesondere:

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse und gegebenenfalls die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll.

¹ Zur besseren Übersicht sind die Kurztitel, wie sie in den Tagesordnungen des Rates erscheinen, ebenfalls angegeben (in *Kursivschrift*).

² Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

³ Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Ferner enthält es Informationen zur Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter [Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) – Consilium](#).

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen – Consilium](#).

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Ratsprotokolle – Consilium](#).

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM APRIL 2018 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN

Schriftliche Verfahren vom 6. April 2018

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/551 des Rates vom 6. April 2018 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 91 vom 9.4.2018, S. 16-26	7612/18
Durchführungsverordnung (EU) 2018/548 des Rates vom 6. April 2018 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 91 vom 9.4.2018, S. 2-10	7614/18

3611. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 12. April 2018 in Luxemburg

GESETZGEBUNGSAKTE

RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
<i>Makrofinanzhilfe für Georgien</i> Beschluss (EU) 2018/598 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien ABl. L 103 vom 23.4.2018, S. 8-13	7/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
<i>Verordnung über die Statistik des Eisenbahnverkehrs (Neufassung)</i> Verordnung (EU) 2018/643 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 1-18	8/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

<i>Richtlinie zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit</i> Richtlinie (EU) 2018/597 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 zur Änderung der Richtlinie 92/66/EWG des Rates über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 103 vom 23.4.2018, S. 4-7	6/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
<i>Verordnung über das Programm Kreatives Europa – Jugendorchester der EU (EUYO)</i> Verordnung (EU) 2018/596 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18 April 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014–2020) ABl. L 103 vom 23.4.2018, S. 1-3	5/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer PL: Enthaltung
<i>Beschluss über den Europass</i> Beschluss (EU) 2018/646 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über einen gemeinsamen Rahmen für die Bereitstellung besserer Dienste für Fertigkeiten und Qualifikationen (Europass) und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 2241/2004/EG (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 42-50	70/17	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
<i>Verordnung über grenzüberschreitende Paketzustelldienste</i> Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 19-28	69/17	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
<i>Richtlinie über die Qualifikation von Berufskraftfahrern</i> Richtlinie (EU) 2018/645 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 zur Änderung der Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und der Richtlinie 2006/126/EG über den Führerschein (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 29-41	71/17	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer LU, AT: dagegen IT: Enthaltung

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
<i>Schlussfolgerungen des Rates zum Fördersystem und zur Umsetzung der Kohäsionspolitik nach 2020</i> Schlussfolgerungen des Rates zur Straffung des Fördersystems und der Umsetzung der Kohäsionspolitik sowie der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) nach 2020	7880/18
<i>Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 1/2018 des Europäischen Rechnungshofs: JASPERS</i> Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 1/2018 des Europäischen Rechnungshofs "Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen (JASPERS) – Zeit für eine bessere Ausrichtung"	7878/18
<i>Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 23/2017 des EuRH zum Einheitlichen Abwicklungsausschuss und zum Sonderbericht Nr. 2/2018 des EuRH zur Effizienz der Verwaltung der EZB auf dem Gebiet des Krisenmanagements für Banken</i> Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 23/2017: "Einheitlicher Abwicklungsausschuss: Erste Schritte auf dem anspruchsvollen Weg zur Bankenunion sind getan, es ist jedoch noch ein weiter Weg bis zum Ziel" und zum Sonderbericht Nr. 2/2018: "Die Effizienz der Verwaltung der EZB auf dem Gebiet des Krisenmanagements für Banken"	8003/18
<i>EUCAP Somalia – Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen über die Rechtsstellung der Mission – Beschluss</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Somalia über ein Abkommen über die Rechtsstellung der Mission der Europäischen Union zum Ausbau der Kapazitäten in Somalia (EUCAP SOMALIA)	5809/18
<i>Iran – Menschenrechte – restriktive Maßnahmen – Überprüfung – Beschluss und Durchführungsverordnung</i> Beschluss (GASP) 2018/568 des Rates vom 12. April 2018 zur Änderung des Beschlusses 2011/235/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran ABl. L 95 vom 13.4.2018, S. 14-20	6305/18

<i>Iran – Menschenrechte – restriktive Maßnahmen – Überprüfung – Beschluss und Durchführungsverordnung</i> Durchführungsverordnung (EU) 2018/565 des Rates vom 12. April 2018 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran ABl. L 95 vom 13.4.2018, S. 1-8	6307/18
<i>Demokratische Republik Kongo: restriktive Maßnahmen – Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/569 des Rates vom 12. April 2018 zur Durchführung des Beschlusses 2010/788/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Republik Kongo ABl. L 95 vom 13.4.2018, S. 21-22	7279/18
<i>Demokratische Republik Kongo: restriktive Maßnahmen – Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung</i> Durchführungsverordnung (EU) 2018/566 des Rates vom 12. April 2018 zur Durchführung des Artikels 9 der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen ABl. L 95 vom 13.4.2018, S. 9-10	7281/18
<i>Schlussfolgerungen zum reformierten ITER-Projekt</i> Schlussfolgerungen des Rates zum reformierten ITER-Projekt	7881/18
Erklärung Luxemburgs Luxemburg erkennt zwar die Bedeutung des ITER-Projekts an, steht jedoch im Allgemeinen der Finanzierung von Kernforschungstätigkeiten durch die Europäische Union nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Die luxemburgischen Regierung würde es begrüßen, wenn europäische Mittel künftig stärker auf die erneuerbaren Energieträger ausgerichtet würden. Da die Schlussfolgerungen des Rates zum reformierten ITER-Projekt eine solche Ausrichtung nicht nahelegen, hat sich der Standpunkt Luxemburgs nicht geändert. Trotz seiner inhaltlichen Vorbehalte gegen diese Schlussfolgerungen ist Luxemburg im Interesse einer konstruktiven Zusammenarbeit jedoch bereit, seinen allgemeinen Vorbehalt aufzuheben und den Wortlaut der Schlussfolgerungen zu billigen.	

<i>Beschluss über satellitengestützte Ergänzungsdienste in der Ukraine auf der Grundlage von EGNOS: Eröffnung der Verhandlungen</i> Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Ukraine über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine zur Festlegung der Bedingungen für die Erbringung von satellitengestützten Ergänzungsdiensten (SBAS) in der Ukraine auf der Grundlage des europäischen Satellitennavigationsprogramms EGNOS		6934/18	
<i>Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft an der Agentur für das Europäische GNSS: Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen</i> Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft über ein Abkommen zur Festlegung der Bedingungen für die Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft an der Agentur für das Europäische GNSS		6673/18	
3612. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 16. April 2018 in Luxemburg			
GESETZGEBUNGSAKTE			
RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
<i>Verordnung über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern (Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente)</i> Standpunkt (EU) Nr. 1/2018 des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1036 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern und der Verordnung (EU) 2016/1037 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ABl. C 184 vom 29.5.2018, S. 1-18	5700/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer SE, UK: dagegen IE: Enthaltung

Erklärung der Niederlande

Die Niederlande können der endgültigen Einigung über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente zustimmen. Die Niederlande sind jedoch nach wie vor sehr besorgt angesichts der neu geschaffenen Möglichkeit, dass die Anwendung von Handelsschutzmaßnahmen auf dem Festlandsockel durch Zollbehörden durchgesetzt werden kann.

Die Niederlande möchten sichergehen, dass dieses Element des Vorschlags über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente erst umgesetzt wird, wenn die Rechtsvorschriften der Union insofern geändert wurden, dass die Anwendung und Erhebung von Zöllen erleichtert wird und die erforderlichen Änderungen der IT-Systeme des Zolls vorgenommen wurden, sodass diese Systeme diese neue Aufgabe bewältigen können. Diese Änderungen müssen als Teil der umfassenderen IT-Entwicklungen im Rahmen des mehrjährigen strategischen Aktionsplans und des IT-Arbeitsprogramms des Zollkodex der Union vorgenommen werden. Diese Voraussetzungen müssen bei den künftigen Beratungen über den Durchführungsrechtsakt in den einschlägigen Gruppen des Rates vor dessen Annahme erfüllt sein.

Gemeinsame Erklärung Maltas und Dänemarks

Wir stellen fest, dass das Ergebnis des Dossiers 'Modernisierung der Handelsschutzinstrumente' insgesamt ausgewogen und annehmbar ist. Wir akzeptieren zwar das Ergebnis, möchten aber dennoch unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Möglichkeit eingeführt wurde, auf dem Festlandsockel Zölle anzuwenden.

Dieses Element war weder Bestandteil des Kommissionsvorschlags noch des ursprünglichen Standpunkts des Rates. Es steht in keinem Verhältnis zu dem Problem, das damit gelöst werden soll, und es könnte für bestimmte Mitgliedstaaten einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand in Form von praktischer Überwachung, Beobachtung, Kosten und Durchsetzung durch die Zollbehörden mit sich bringen.

Angesichts der Beratungen über dieses Element möchten wir darauf hinweisen, dass es eines Mechanismus bedarf, der in Bezug auf Verwaltung und Kosten möglichst wenig aufwändig ist, und wir fordern die Kommission auf, möglichst bald Klarheit zu schaffen. Die Kommission sollte auch keinen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt unterbreiten, bevor nicht alle Mitgliedstaaten sich davon überzeugt haben, dass die neuen Bestimmungen praktikabel sind.

Erklärung Schwedens

Der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates wird zu mehr Handelsprotektionismus beitragen und so der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU schaden.

<i>Beschluss über die Finanzbestimmungen für den Forschungsfonds für Kohle und Stahl</i> Beschluss (EU) 2018/599 des Rates vom 16. April 2018 zur Änderung der Entscheidung 2003/76/EG zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 1-2	14532/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER			
RECHTSAKT		DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN	
<i>Schlussfolgerungen zur Teilnahme der EU und ihrer Mitgliedstaaten an der 13. Tagung des Waldforums der VN (UNFF-13)</i> Schlussfolgerungen des Rates im Hinblick auf die Teilnahme der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten an der dreizehnten Tagung des Waldforums der Vereinten Nationen (UNFF 13)	7939/18		
<i>Beschluss des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen über ein partnerschaftliches Fischereiabkommen mit dem Königreich Marokko</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Königreich Marokko über die Änderung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Königreich Marokko und den Abschluss eines Protokolls zur Umsetzung dieses Abkommens	7548/18		
<i>Schlussfolgerungen zum einheitlichen europäischen Luftraum (Rechnungshofbericht Nr. 18/2017)</i> Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 18/2017 des Europäischen Rechnungshofs: "Einheitlicher europäischer Luftraum: eine veränderte Kultur, aber kein einheitlicher Luftraum"	7466/18		
<i>Verordnung über die Lufttüchtigkeit</i> Verordnung (EU) 2018/581 des Rates vom 16. April 2018 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die zum Einbau in oder zur Verwendung für Luftfahrzeuge bestimmt sind, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1147/2002 ABl. L 98 vom 18.4.2018, S. 1-3	6809/18		

<i>Schlussfolgerungen zu Einfuhrverfahren (Sonderbericht Nr. 19/2017 des Rechnungshofs)</i> Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 19/2017 des Rechnungshofs mit dem Titel "Einfuhrverfahren: Schwachstellen im Rechtsrahmen und eine unwirksame Umsetzung wirken sich auf die finanziellen Interessen der EU aus"	7474/18
Erklärung Österreichs, Dänemarks, Finnlands und Schwedens Österreich, Dänemark, Finnland und Schweden betonen in Bezug auf Nummer 8 der Schlussfolgerungen, wo es heißt "UNTERSTREICHT, dass die Frage der Haushaltsmittel für Zolldienste im Rahmen künftiger Finanzierungsprogramme der EU angegangen werden muss", dass dies den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in keiner Weise vorgehen darf.	
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich</i> Beschluss (EU) 2018/601 des Rates vom 16. April 2018 über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 5-5	7712/16
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich</i> Abkommen zwischen der Europäischen Union und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 6-15	7682/16
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Polizeiliche Zusammenarbeit Frankreich</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2016 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit durch Frankreich festgestellten Mängel	7578/18
<i>MwSt-Sondermaßnahme Italiens zur Einführung einer obligatorischen elektronischen Rechnungsstellung</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2018/593 des Rates vom 16. April 2018 zur Ermächtigung der Italienischen Republik, eine von den Artikeln 218 und 232 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Sondermaßnahme einzuführen ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 14-15	6266/18

3613. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 16. April 2018 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
<i>Schlussfolgerungen zu Südsudan</i> Schlussfolgerungen des Rates zu Südsudan	7735/18
<i>Schlussfolgerungen über chemische Abrüstung und Nichtverbreitung</i> Schlussfolgerungen des Rates über chemische Abrüstung und Nichtverbreitung im Hinblick auf die vierte Sondertagung der Konferenz der Vertragsstaaten zur Überprüfung der Wirkungsweise des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (Den Haag, 21. bis 30. November 2018)	7862/18
<i>Schlussfolgerungen zu böswilligen Cyberaktivitäten</i> Schlussfolgerungen des Rates zu böswilligen Cyberaktivitäten	7925/18
<i>Syrien</i> Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien	7956/18
3614. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 17. April 2018 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
<i>Beschluss des Rates im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses betreffend eine Änderung des Anhangs XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens – 2018</i> Beschluss (EU) 2018/616 des Rates vom 17. April 2018 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens zu vertreten ist ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 11-13	6797/18

<i>Beschluss des Rates im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses betreffend eine Änderung des Anhangs XXII (Gesellschaftsrecht) und des Protokolls 37 (mit der Liste gemäß Artikel 101) des EWR-Abkommens</i> Beschluss (EU) 2018/635 des Rates vom 17. April 2018 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung des Anhangs XXII (Gesellschaftsrecht) und des Protokolls 37 (mit der Liste gemäß Artikel 101) des EWR-Abkommens zu vertreten ist ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 21-24		6801/18	
<i>EU-Standpunkt für den Assoziationsausschuss mit Algerien bezüglich der Aktualisierung der bilateralen Zugeständnisse auf landwirtschaftliche Erzeugnisse</i> Beschluss (EU) 2018/641 des Rates vom 17. April 2018 über den im Namen der Europäischen Union im Assoziationsausschuss EU-Algerien zur Änderung der Bedingungen für die Anwendung der Zollpräferenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse gemäß Artikel 14 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits zu vertretenden Standpunkt ABl. L 106 vom 26.4.2018, S. 17-22		7414/18	
Schriftliche Verfahren vom 26. April 2018			
GESETZGEBUNGSAKTE			
RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS-REGEL	ABSTIMMUNGS-ERGEBNIS
Verordnung (EU, Euratom) 2018/673 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Mai 2018 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen ABl. L 114I vom 4.5.2018, S. 1-6	15/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss (GASP) 2018/654 des Rates vom 26. April 2018 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2017/1869 über die Beratende Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Irak (EUAM Iraq) ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 28-28	6633/18
Beschluss (GASP) 2018/653 des Rates vom 26. April 2018 über die Schaffung einer Vorratslagerfähigkeit für zivile Krisenbewältigungsmissionen ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 22-27	15386/17
Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/656 des Rates vom 26. April 2018 zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 36-37	8153/18
Durchführungsverordnung (EU) 2018/648 des Rates vom 26. April 2018 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 12-13	8154/18
Beschluss (GASP) 2018/655 des Rates vom 26. April 2018 zur Änderung des Beschlusses 2013/184/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen Myanmar/Birma ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 29-35	7781/18
Verordnung (EU) 2018/647 des Rates vom 26. April 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 über restriktive Maßnahmen gegen Myanmar/Birma ABl. L 108 vom 27.4.2018, S. 1-11	7784/18